

7	ABGELTUNGEN DES BUNDES FÜR DIE SOZIAL- UND NOTHILFE	1
7.1	Rechtsgrundlagen.....	1
7.2	Geltungsbereich.....	1
7.3	Allgemeines.....	1
7.4	Globalpauschale	2
7.5	Nothilfepauschale	7
7.6	Rückforderung und Verzicht auf die Ausrichtung von Pauschalabgeltungen	9
7.7	Anhänge.....	10

7 ABGELTUNGEN DES BUNDES FÜR DIE SOZIAL- UND NOTHILFE

7.1 Rechtsgrundlagen

Die vorliegende Weisung wird gestützt auf das 5. und 6. Kapitel des Asylgesetzes (AsylG; SR 142.31), auf Artikel 86 und 87 des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG; SR 142.20) sowie auf Artikel 1-40 der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2; SR 142.312) erlassen.

7.2 Geltungsbereich

Die Weisungen finden Anwendung auf die Abgeltung der Sozial- und Nothilfeleistungen für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung, Schutzbedürftige mit Aufenthaltsbewilligung, Flüchtlinge, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, Resettlementflüchtlinge¹, Flüchtlinge mit einer rechtskräftigen Landesverweisung², Staatenlose, vorläufig aufgenommene Staatenlose und Staatenlose mit einer rechtskräftigen Landesverweisung. Sie regeln das subventionsrechtliche Verhältnis zwischen Bund und Kantonen. Erläuterungen zur Integrationspauschale sind in Weisung IV / 3.2 enthalten.

7.3 Allgemeines

Die Sozial- und Nothilfekosten werden den Kantonen vom Bund pauschal abgegolten.

Die Kantone erhalten eine Globalpauschale für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung und eine Globalpauschale

¹ Nach Artikel 56 AsylG (SR 142.31); Flüchtlinge, die im Rahmen von Sonderprogrammen aufgenommen wurden und Personen, die einer Flüchtlingsgruppe angehören, deren Aufnahme der Bundesrat oder das EJPD (Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement) beschlossen hat.

² Nach Artikel 66a oder 66a^{bis} des Strafgesetzbuches (SR 311.0) oder Artikel 49a oder 49a^{bis} des Militärstrafgesetzes (SR 321.0)



für Flüchtlinge, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, Resettlementflüchtlinge, Flüchtlinge mit einer rechtskräftigen Landesverweisung, Staatenlose, vorläufig aufgenommene Staatenlose, Staatenlose mit einer rechtskräftigen Landesverweisung sowie Schutzbedürftige mit Aufenthaltsbewilligung. Mit diesen Globalpauschalen sind sämtliche verfügbaren Sozialhilfeleistungen abgegolten.

Die Kantone erhalten zudem für jede rechtskräftig weggewiesene Person, welche die Schweiz verlassen muss, eine einmalige Pauschale für allfällige Nothilfeleistungen. Diese Pauschale fällt je nach Verfahren (Dublinverfahren, beschleunigtes Verfahren oder erweitertes Verfahren), welches die rechtskräftig weggewiesene Person durchlaufen hat, unterschiedlich hoch aus.

7.3.1 Koordinationsstelle für die Global- und die Nothilfepauschalen (Art. 4 AsylV 2)

Die Kantone bezeichnen für den Verkehr mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) eine Koordinationsstelle. Die Zahlungskorrespondenz wird der kantonalen Asylkoordinationsstelle zugestellt, sofern vom Kanton keine andere Stelle bezeichnet worden ist. Für die Information und die Verteilung der Bundesgelder an die zuständigen kantonalen Stellen ist der Kanton verantwortlich.

7.3.2 Vorfinanzierung von Liegenschaften (Art. 38 Abs. 2 und Art. 40 Abs. 2 AsylV 2)

Die vom SEM festgesetzten ratenweisen Rückerstattungen für vorfinanzierte Liegenschaften werden pro Kanton gesamthaft mit den Auszahlungen der Globalpauschalen verrechnet. Werden die Unterkünfte nicht mehr für die Unterbringung von Asylsuchenden genutzt, wird der noch ausstehende Restbetrag mit der nächsten Quartalsauszahlung gesamthaft in Abzug gebracht.

7.4 Globalpauschale

7.4.1 Auszahlungs- und Korrekturverfahren (Art. 5 AsylV 2)

Die Globalpauschalen werden quartalsweise gestützt auf die Daten (Datum der Erfassung) des Zentralen Migrationsinformationssystems (ZEMIS) ausgerichtet. Zur Überprüfung der massgebenden ZEMIS-Daten stellt das SEM den Kantonen über eine geschützte Verbindung (SSO-Portal) monatlich eine Liste mit allen dem jeweiligen Kanton zugeteilten Personen, für die der Bund den Kantonen die Globalpauschalen ausrichtet, zur Verfügung. Stellen die Kantone Abweichungen zu ihren eigenen Daten fest, melden sie dies dem SEM, Sektion Finanzaufsicht und Sonderabgabe, per E-Mail mit dem Formular nach Anhang 1 zu Weisung III / 7.4.1. Zusätzlich sind die entsprechenden Daten in ZEMIS zu erfassen. Daten, die vom SEM zu erfassen sind, müssen diesem im Rahmen des ordentlichen Meldeverfahrens nach Artikel 5 und 7 ZEMIS-Verordnung (SR 142.513), gemeldet werden. Die für die Datenerfassung zuständige Behörde ist aus Anhang 2 zu Weisung III / 7.4.1 ersichtlich.



Finanzielle Auswirkungen wegen nicht oder falsch erfasster Daten sowie wegen Differenzen zwischen Erfassungs- und Ereignisdatum werden jeweils im Folgejahr für die Auszahlungen im vorangehenden Jahr bereinigt.

7.4.2 Dauer der Kostenerstattungspflicht

(Art. 20 und 24 AsylV 2)

7.4.2.1 Beginn der Kostenerstattungspflicht

Der Bund vergütet den Kantonen eine Globalpauschale für Personen während der Dauer des Asylverfahrens, der vorläufigen Aufnahme und der vorübergehenden Schutzgewährung. Für Personen, welche sich in einem Verfahren nach Artikel 111c AsylG (Mehrfachgesuche) befinden, wird keine Globalpauschale vergütet. Die Kostenerstattungspflicht läuft sodann ab Beginn des Monats, welcher der Zuweisung an den Kanton, resp. dem Entscheid über die vorläufige Aufnahme oder der Gewährung des vorübergehenden Schutzes folgt. Als Tag der Zuweisung an den Kanton gilt das Datum der Erfassung der ersten Wohnadresse, wobei diese am Tag der Ankunft der asylsuchenden Person im Kanton zu erfassen ist. Die Globalpauschale nach Artikel 24 AsylV 2 für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge wird bereits mit Datum des erstinstanzlichen Entscheides fällig.

Bei in der Schweiz geborenen Kindern beginnt die Kostenerstattungspflicht ab Datum der Geburt zu laufen.

7.4.2.2 Ende der Kostenerstattungspflicht

Rechtskraft des Nichteintretens- oder negativen Asylentscheids

(Art. 20 Bst. a AsylV 2)

Am Ende des Monats, in dem ein Nichteintretens- oder ein ablehnender Asylentscheid mit Wegweisungsverfügung rechtskräftig wird, endet die Pflicht des Bundes, den Kantonen die Sozialhilfekosten abzugelten. Die Kosten von allfällig zu leistender Nothilfe werden den Kantonen mit einer Nothilfepauschale abgegolten (vgl. Ziffer 7.5). In den nach Art des durchlaufenen Verfahrens abgestuften Nothilfepauschalen sind die durchschnittlichen Nothilfekosten bis zum Verlassen der Schweiz berücksichtigt. Die Sistierung des Vollzugs der Wegweisung hat keine Änderung der Kostenabgeltung durch den Bund zur Folge (vgl. Art. 82 Abs. 2 AsylG).

Unkontrollierte Abreise

(Art. 20 Bst. c und Art. 24 Abs. 1 Bst. b^{bis}, Bst. d^{bis} und Bst. f AsylV 2)

Die Kostenerstattungspflicht endet am Ende des Monats, in dem eine Person die Schweiz definitiv verlassen hat (Ausreise oder Rückführung in den Heimat- oder Drittstaat) oder unkontrolliert abgereist ist. Als Datum der unkontrollierten Abreise gilt der Tag des Verschwindens. Kann dieser Tag nicht anders bestimmt werden, gilt als Tag des Verschwindens derjenige Tag, an dem sich eine Person beim Kanton zur Auszahlung von Sozialhilfeleistungen oder zur Kontrolle der Anwesenheit hätte melden müssen und nicht erschienen ist. Dabei wird mindestens eine monatliche Anwesenheitskontrolle durch den Kanton vorausgesetzt.

Erlöschen oder Aufhebung der vorläufigen Aufnahme (Art. 20 Bst. d AsylV 2)



Die Kostenerstattungspflicht endet am Ende des Monats, in dem die vorläufige Aufnahme erlischt oder rechtskräftig aufgehoben wird, spätestens aber sieben Jahre nach der Einreise.

Zeitablauf (Art. 20 Bst. d, Art. 24 Abs. 1 Bst. a bis Bst. d^{bis}, Art. 24a Abs. 1 AsylV 2)

Vorläufig aufgenommene Personen: Die Kostenerstattungspflicht des Bundes für vorläufig aufgenommene Personen endet in jedem Fall, nachdem seit ihrer Einreise sieben Jahre vergangen sind (Art. 20 Bst. d AsylV 2).

Flüchtlinge und Flüchtlinge mit einer rechtskräftigen Landesverweisung: Die Kostenerstattungspflicht des Bundes endet spätestens am Ende des Monats, in welchem seit der Einreichung des Asylgesuches, welches zur Asylgewährung geführt hat, fünf Jahre vergangen sind (Art. 24 Abs. 1 Bst. a und Bst. b^{bis} AsylV 2).

Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Resettlementflüchtlinge: Die Kostenerstattungspflicht des Bundes für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Resettlementflüchtlinge endet in jedem Fall, nachdem seit ihrer Einreise sieben Jahre vergangen sind (Art. 24 Abs. 1 Bst. b, Art. 24a Abs. 1 AsylV 2).

Staatenlose und Staatenlose mit einer rechtskräftigen Landesverweisung: Die Kostenerstattungspflicht des Bundes endet spätestens am Ende des Monats, in welchem seit der Anerkennung ihrer Staatenlosigkeit fünf Jahre vergangen sind (Art. 24 Abs. 1 Bst. c und Bst. d^{bis} AsylV 2).

Vorläufig aufgenommene Staatenlose: Die Kostenerstattungspflicht des Bundes endet in jedem Fall nachdem seit ihrer Einreise sieben Jahre vergangen sind (Art. 24 Abs. 1 Bst. d AsylV 2).

Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung (Art. 20 Bst. f und Art. 24 Abs. 1 Bst. b und d AsylV 2)

Die Kostenerstattungspflicht endet am Ende des Monats, in dem eine ausländerrechtliche Aufenthaltsbewilligung erteilt wird oder ein Anspruch darauf besteht. Ein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung entsteht insbesondere, wenn eine asylsuchende oder eine vorläufig aufgenommene Person oder ein vorläufig aufgenommener Flüchtling oder eine vorläufig aufgenommene staatenlose Person einen Schweizer Bürger resp. eine Schweizer Bürgerin oder eine ausländische Person mit Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) heiratet (Art. 43 Abs. 1 AIG). Die Kostenerstattungspflicht endet diesfalls am Ende des Monats, in dem die Heirat stattgefunden hat.

Entsteht ein Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung, wird während der Dauer des Bewilligungsverfahrens die Globalpauschale nicht vergütet. Liegt ein rechtskräftiger kantonaler Entscheid bezüglich der Verweigerung der Aufenthaltsbewilligung vor, vergütet der Bund dem Kanton auf Gesuch hin die Globalpauschale rückwirkend bis längstens zum Wegfall des Verweigerungsgrundes. Dem Gesuch ist jeweils der kantonale Entscheid beizulegen. Sobald diese Personen dennoch eine Aufenthaltsbewilligung erhalten, ist dies dem SEM umgehend zu melden.

Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungsbewilligung (Art. 24 Abs. 1 Bst. a und c und Abs. 2 AsylV 2)



Entsteht bei einem Flüchtling oder einem Staatenlosen ein Anspruch auf die Erteilung der Niederlassungsbewilligung, so endet die Kostenerstattungspflicht des Bundes am Ende des Monats, in dem der Anspruch entstanden ist. Entsteht ein Anspruch auf die Erteilung einer Niederlassungsbewilligung, wird während der Dauer des Bewilligungsverfahrens die Globalpauschale nicht vergütet. Liegt ein rechtskräftiger kantonaler Entscheid bezüglich der Verweigerung der Niederlassungsbewilligung vor, vergütet der Bund dem Kanton auf Gesuch hin die Globalpauschale rückwirkend bis längstens zum Wegfall des Verweigerungsgrundes. Dem Gesuch ist jeweils der kantonale Entscheid beizulegen.

7.4.3 Berechnung der Globalpauschalen

7.4.3.1 Rundungsregeln

(Art. 23, Art. 27, Art. 27a AsylV 2)

Bei der Berechnung des Gesamtbetrags pro Kanton und Quartal wird auf den Franken gerundet. Bei der Berechnung der kantonalen Globalpauschale pro Monat wird der Betrag auf zwei Stellen hinter dem Komma gerundet. Es gelten die allgemeinen Rundungsregeln.

7.4.3.2 Anpassung an den Landesindex der Konsumentenpreise

(Art. 22, Art. 23 Abs. 3, Art. 26 AsylV 2)

Für die Berechnung der Höhe der Globalpauschalen 1 und 2, sowie für die Festlegung des Sockelbeitrags zur Aufrechterhaltung einer minimalen Betreuungsstruktur gemäss Artikel 23 AsylV 2 gilt im Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorgenannten Bestimmungen der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) vom 31. Oktober 2018 (Basis 2015). Das SEM passt die Globalpauschalen und den Sockelbeitrag jeweils Ende des Jahres anhand des LIK vom 31. Oktober für das folgende Kalenderjahr der Indexentwicklung an.

7.4.3.3 Anteil Krankenversicherungsprämien, Selbstbehalte und Franchisen

(Art. 22 Abs. 4, Art. 26 Abs. 4 AsylV 2)

Für die Anpassung des Anteils für die Krankenversicherungsprämien, Selbstbehalte und Franchisen sind für die Berechnung der Anzahl Kinder, junger Erwachsener und Erwachsener jeweils die am 31. Oktober im ZEMIS erfassten Personen massgebend. Abgestellt wird dabei, analog dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG, [SR 832.10]) auf das Geburtsjahr der Betroffenen (Art. 61 Abs. 3 KVG i.V.m. Art. 91 Abs. 3 Verordnung über die Krankenversicherung, KVV [SR 832.102] und Art. 64 Abs. 4 KVG).

7.4.3.4 Bestand

(Art. 23 Abs. 2, Art. 27 Abs. 2, Art. 27a AsylV 2)

Der Bestand umfasst pro Globalpauschale die Gesamtheit der Personen für die eine Kostenerstattungspflicht des Bundes gegenüber einem Kanton besteht. Massgebend für die Feststellung des auszahlungsrelevanten Bestandes ist jeweils der Da-



tenstand zu Beginn jeden Monats (am ersten Tag des Monats um eine Minute nach Mitternacht).

7.4.4 **Arbeitsverhältnisse**

Die Kantone sind verpflichtet, den Beginn und das Ende jeder Erwerbstätigkeit im ZEMIS unverzüglich zu erfassen (Art. 5 Abs. 1 Bst. c ZEMIS-Verordnung [SR: 142.513]). Eine Erwerbstätigkeit ist jede Tätigkeit, mit welcher ein Erwerbseinkommen erzielt wird oder erzielt werden soll. Zu erfassen sind sowohl selbständige als auch unselbständige Erwerbstätigkeiten. Betreffend unselbständige Erwerbstätigkeit gilt die Definition aus Artikel 1a der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE; SR: 142.201), womit namentlich auch die Tätigkeit als Lernende oder Lernender, Praktikantin oder Praktikant, Volontärin oder Volontär als Erwerbstätigkeit zu erfassen ist. Betreffend selbständige Erwerbstätigkeit gilt die Definition aus Artikel 2 der VZAE.

Bei unechter Arbeit auf Abruf (Arbeitnehmer hat keine arbeitsvertragliche Einsatzpflicht, er kann frei entscheiden, ob er einen vom Arbeitgeber angebotenen Einsatz annimmt oder nicht) ist nur die Dauer der einzelnen Einsätze, für welche Erwerbseinkommen generiert wird, und nicht die Dauer des Rahmenarbeitsverhältnisses im ZEMIS zu erfassen. Bei echter Arbeit auf Abruf (Arbeitnehmer ist arbeitsvertraglich verpflichtet, einen vom Arbeitgeber verlangten Einsatz zu leisten) hingegen ist die Dauer des Rahmenarbeitsverhältnisses im ZEMIS zu erfassen, da hier auch die Rufbereitschaft mit Lohn zu entschädigen ist.

Zu spät oder nicht erfasste Arbeitsverhältnisse werden bei der Berechnung zur Auszahlung der Globalpauschalen rückwirkend auf den Tag des Arbeitsbeginns berücksichtigt.

Für weitere Angaben zur Regelung der Erwerbstätigkeit für Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich wird auf die Weisung I / Ziff. 4.8.5 verwiesen.

7.4.5 **Aufnahme von Flüchtlingsgruppen (Resettlementflüchtlinge)**

(Art. 56, Art. 88 Abs. 3^{bis} AsylG, Art. 24a, Art. 26, Art. 27a AsylV 2)

Der Bund kann Flüchtlingsgruppen Asyl gewähren (Art. 56 AsylG). Personen einer Flüchtlingsgruppe, denen Asyl gewährt wurde, haben Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung im Kanton, in dem sie sich rechtmässig aufhalten (Art. 60 Abs. 1 AsylG). Die Kostenerstattungspflicht des Bundes für Flüchtlinge mit Aufenthaltsbewilligung endet grundsätzlich mit dem Anspruch auf Erteilung der Niederlassungsbewilligung oder wenn seit der Einreichung des Asylgesuchs 5 Jahre vergangen sind (vgl. Art. 24 Abs. 1 Bst. a AsylV 2). Anders verhält es sich bei Resettlementflüchtlingen.

Der Bund entschädigt den Kantonen die Kosten der Sozialhilfe für Resettlementflüchtlinge ebenfalls mittels Globalpauschalen. Er richtet den Kantonen die Globalpauschale nach Art. 24 AsylV 2 für alle ihnen zugewiesenen, auf ihrem Kantonsgebiet anwesenden Resettlementflüchtlinge während sieben Jahren seit ihrer Einreise und unabhängig von einer Erwerbstätigkeit und eines allfälligen Anspruchs



aus Sozialversicherungen der betroffenen Personen aus (Art. 88 Abs. 3^{bis} AsylG, Art. 24a, Art. 26 und Art. 27a AsylV 2).

Resettlementflüchtlinge stellen in der Schweiz kein Asylgesuch und durchlaufen daher kein Asylverfahren. Sie sind bereits bei ihrer Einreise in die Schweiz anerkannte Flüchtlinge im Sinne der Flüchtlingskonvention [SR: 0.142.30]. Folglich entschädigt der Bund den Kantonen die ihnen entstehenden Kosten auch in der Zeitspanne von der Ankunft der Resettlementflüchtlinge im Kanton (Zeitpunkt Erfassung einer Erstadresse) bis zur Asylgewährung mit der Globalpauschale nach Artikel 24 AsylV 2 (Art. 24a i.V.m. Art. 24, Art. 26 und 27 AsylV 2).

Die neue Subventionierung der Kantone für ihnen zugewiesene Resettlementflüchtlinge gilt für alle sich in der Schweiz aufhaltenden und zu einer Flüchtlingsgruppe nach Artikel 56 AsylG zugehörigen Personen. Die Kantone werden folglich auch für Personen, die vor dem 1. März 2019 (Inkrafttreten von Art. 24a AsylV 2) aufgenommen wurden, ab Inkrafttreten nach der neuen Abgeltungsregelung entschädigt. Für zwischenzeitlich wirtschaftlich selbstständige Resettlementflüchtlinge wird ab dem 1. März 2019 die Globalpauschale an die Kantone wieder ausgerichtet. Die Globalpauschale wird auch in einem solchen Fall bis längstens 7 Jahre nach Einreise ausgerichtet (Übergangsbestimmungen, Abs. 3 AsylV 2).

7.5 Nothilfepauschale

(Art. 28-30a AsylV 2)

7.5.1 Geltungsbereich

Die Kantone erhalten für alle Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretens-, negativem Asyl- und Wegweisungsentscheid, die die Schweiz verlassen müssen, und für alle Personen mit einer rechtskräftig aufgehobenen vorläufigen Aufnahme eine einmalige Nothilfepauschale. Die Höhe der Pauschalabgeltung für die Nothilfe für sämtliche Fälle mit Asylgesuchstellung ab 1. März 2019 ist abhängig davon, welches Verfahren die nothilfeberechtigten Personen durchlaufen haben. Einzige Ausnahme bildet dabei die Nothilfepauschale, die aufgrund der Aufhebung einer vorläufigen Aufnahme bezahlt wird. Das Asylverfahren ist in diesen Fällen bereits abgeschlossen und daher nicht mehr von Relevanz (vgl. Ziff. 7.5.2).

Wird von der asylsuchenden Person gegen einen negativen Asylentscheid im beschleunigten Verfahren Beschwerde geführt, so wird die Nothilfepauschale für ein beschleunigtes Verfahren ausbezahlt. Mit anderen Worten macht eine Beschwerde aus einem beschleunigten Verfahren kein erweitertes Verfahren, selbst wenn die Rechtskraft des Entscheides erst während des Aufenthaltes im Kanton eintritt. Für alle Fälle mit Asylgesuchstellung bis und mit 28. Februar 2019 gilt für die Ausrichtung der Nothilfeentschädigung altes Recht.

Die Nothilfepauschale wird nicht ausgerichtet für Personen, die zwar weggewiesen, aber gleichzeitig wegen des nicht zulässigen, nicht zumutbaren oder nicht möglichen Vollzugs der Wegweisung vorläufig aufgenommen werden sowie für Personen, die einen Anspruch auf eine ausländerrechtliche Regelung haben oder die vor der Rechtskraft des Entscheides kontrolliert ausgereist sind.



7.5.2 Höhe der drei Nothilfepauschalen

(Art. 29, Art. 30a AsylV 2)

Die Nothilfepauschale für Personen nach Abschluss eines Dublin-Verfahrens beträgt 400 Franken. Für Personen nach Abschluss eines beschleunigten Verfahrens beträgt die Pauschale 2013 Franken. Schliesslich wurde die Nothilfepauschale für Personen nach Abschluss eines erweiterten Verfahrens auf 6006 Franken festgelegt. Analog zu den letztgenannten Personen wird auch für Personen, deren vorläufige Aufnahme aufgehoben wurde, eine Nothilfepauschale im Betrag von 6006 Franken entrichtet. Den definierten Nothilfepauschalen liegen drei Werte zu Grunde: die Bezugsquote, die Bezugsdauer und die Kosten pro Tag. Der Indexstand der drei Pauschalen wird, da es sich um neu geschaffene Pauschalen handelt, auf den 31. Oktober 2018 festgesetzt (Art. 29 AsylV 2).

Die den Nothilfepauschalen zu Grunde liegenden Werte werden jährlich überprüft. Die Bezugsquote und die Bezugsdauer werden, sofern bestimmte Grenzwerte bei den Abweichungen überschritten sind, aufgrund des automatisch regelbasierten Anpassungsmechanismus angepasst. Basierend auf den angepassten Grundwerten wird gegebenenfalls die Höhe der Nothilfepauschalen neu berechnet (Art. 30a AsylV 2).

7.5.3 Anpassung der Nothilfepauschalen an den Landesindex der Konsumentenpreise

(Art. 29 Abs. 4, Art. 30a AsylV 2)

Die Nothilfepauschalen werden jeweils Ende des Jahres für das folgende Kalenderjahr dem LK angepasst. Die Anpassung wird erstmals Ende 2019 für das Kalenderjahr 2020 gemacht. Sie erfolgt unabhängig von einer möglichen automatisch regelbasierten Anpassung nach Artikel 30a AsylV 2.

7.5.4 Angaben für das Monitoring Sozialhilfestopp

Die Kantone liefern der Sektion Subventionen und Grundlagen des SEM quartalsweise Angaben zu allen bei ihnen nothilfebeziehenden Personen. Dazu füllen die Kantone bis spätestens einen Monat nach Quartalsende das Template des SEM zum Monitoring Sozialhilfestopp aus, welches über das SSO-Portal unter <https://portal.ejpd.admin.ch/portal/PortalHome.do> und den Link „Monitoring 2 Sozialhilfekosten“ aufgerufen werden kann. Die Angaben im Template müssen nicht nach Verfahrenstyp resp. Alt- oder Neufällen differenziert werden. Nachdem die Daten im Template vollständig eingegeben worden sind, laden die Kantone dieses über das SSO-Portal hoch. Nach Erhalt bereinigt das SEM diese Daten und schickt sie anschliessend erneut an die Kantone zur finalen Kontrolle. Die Kantone melden dann innert zwei Wochen ab Erhalt der bereinigten Daten, ob sie mit den angebrachten Korrekturen einverstanden sind.

7.5.5 Auszahlungsmodalitäten

Die abgestuften Nothilfepauschalen werden dem für den Vollzug zuständigen Kanton quartalsweise ausbezahlt.



7.5.6 Verfahren nach Artikel 111c AsylG (Mehrfachgesuche)

Ein rasches Verfahren bei Mehrfachgesuchen soll missbräuchliche Verfahrensverzögerungen und unbegründete Gesuche verhindern. Die Neuerungen im Bereich des Verfahrens werden von Massnahmen im sozialen Bereich flankiert, indem Personen in einem Verfahren nach Artikel 111c AsylG vom zuständigen Kanton auf Ersuchen hin nur noch Nothilfe erhalten. Zudem wird während der Dauer des Verfahrens nach Art. 111c AsylG keine Bewilligung zur Erwerbstätigkeit erteilt (Art. 43 Abs. 2 AsylG).

Die Kantone erhalten, wenn der negative Entscheid oder Nichteintretensentscheid über das Mehrfachgesuch in Rechtskraft erwächst, vom Bund eine Nothilfepauschale. Den Befürchtungen der Kantone, dass diese Regelung zu einer Kostenverlagerung vom Bund auf die Kantone führen könnte, soll durch eine Erfassung auch dieser Nothilfekosten im Monitoring zum Sozialhilfestopp Rechnung getragen werden (vgl. dazu auch Botschaft zur Änderung des Asylgesetzes vom 26.05.2010³).

7.6 Rückforderung und Verzicht auf die Ausrichtung von Pauschalabgeltungen

(Art. 46 und 89b AsylG)

Wenn eine nicht erfolgte Überstellung in einen Dublinstaat resp. Rückführung in den Heimat- oder einen Drittstaat nach Eintritt der Rechtskraft eines Nichteintretens oder negativen Asylentscheids mit angeordnetem Wegweisungsvollzug, auf keine oder mangelhafte Vollzugsbemühungen der Kantone zurückzuführen ist, kann der Bund gestützt auf Artikel 89b AsylG die Folgekosten nicht übernehmen oder bereits ausgerichtete Pauschalabgeltungen zurückfordern. Für weitere Informationen zu diesem Thema wird vollumfänglich auf alle in diesem Zusammenhang erlassenen Rundschreiben verwiesen (insbesondere das Rundschreiben vom 19. September 2016).

³ Vgl. Botschaft zum AsylG vom 26.5.2010; insb. Ziffer 1.5.3: <http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2010/4455.pdf>



7.7 Anhänge

(separat auf Intranet verfügbar; beschränkter Zugriff)

Anhang 1 zu Weisung III / 7.4.1	Meldeformular FinAsi-Monatslisten
Anhang 2 zu Weisung III / 7.4.1	Zuständigkeit zur Erfassung finanzrelevanter Daten im ZEMIS
Anhang 3 zu Weisung III / 7	Anpassung der Pauschalansätze für das Jahr 2008
Anhang 3.1. zu Weisung III / 7	Anpassung der Pauschalansätze für das Jahr 2009
Anhang 3.2 zu Weisung III / 7	Anpassung der Pauschalansätze für das Jahr 2010
Anhang 3.3 zu Weisung III / 7	Anpassung der Pauschalansätze für das Jahr 2011
Anhang 3.4 zu Weisung III / 7	Anpassung der Pauschalansätze für das Jahr 2012
Anhang 3.5 zu Weisung III / 7	Pauschalansätze vom 1.1.2013 bis 31.3.2013
Anhang 4 zu Weisung III / 7	Pauschalansätze vom 1.4.2013 bis 31.12.2013
Anhang 4.1 zu Weisung III / 7	Anpassung der Pauschalansätze für das Jahr 2014
Anhang 4.2 zu Weisung III / 7	Anpassung der Pauschalansätze für das Jahr 2015
Anhang 4.3 zu Weisung III / 7	Anpassung der Pauschalansätze für das Jahr 2016
Anhang 4.4 zu Weisung III / 7	Anpassung der Pauschalansätze für das Jahr 2017
Anhang 4.5 zu Weisung III / 7	Anpassung der Pauschalansätze für das Jahr 2018
Anhang 4.6.1 zu Weisung III / 7	Pauschalansätze vom 1.1.2019 bis zum 28.02.2019
Anhang 4.6.2 zu Weisung III / 7	Pauschalansätze ab 1. März 2019

